Nr. 174 XXVIII. Jahrgang — Mittwoch, 14. Juli 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Lösen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die deutsche Ostmark

Von unserm in das Abstimmungsgebiet entsandten Sonderberichterstatter

Allenstein, 11. Juli

Der Tag der Abstimmung ist vorüber. Er hat der deutschen Sache einen glänzenden Sieg gebracht. Der Abstimmungstag wurde in Allenstein um 7 Uhr morgens mit Festmusik vom Rathaus eingeleitet. Um 9 Uhr nahm die Abstimmung ihren Anfang und sofort begannen sich die Abstimmungslokale zu füllen. Die Beteiligung war sehr stark. Alle Kreise, mehr als 90 Prozent der Stimmberechtigten, nahmen an ihr teil. Riesengroß war der Andrang an der Mädchenschule am Bellamsplatz, in der die Auswärtigen abstimmten. Soweit bisher bekannt, ist die Abstimmung hier, wie im Lande, ohne Störung verlaufen, obwohl die Erregung an manchen Orten sehr groß war. Die Polen, im Gefühl ihrer Ohnmacht, hatten es vielfach versucht, die Wahlen zu sabotieren, indem sie gefälschte Stimmzettel verbreiteten und das Gerücht ausstreuten, Truppen ständen jenseits der Grenze bereit, um die Grenzgebiete gewaltsam zu annektieren, wenn die Abstimmung gegen sie ausfiele. Aber die Deutschen ließen sich dadurch nicht verblüffen und ihre Antwort war eine überwältigende deutsche Mehrheit. Abends 8 Uhr war die Abstimmung zu Ende, und alsbald sammelte sich vor dem Deutschen Hause, dem Hauptquartier des deutschen Heimatvereins und der deutschen Presse, eine tausendköpfige Menge, um auf die Ergebnisse zu warten. Diese begannen bald nach 9 Uhr einzulaufen und wurden sofort bekanntgegeben. Es waren fast ausnahmslos Siegesmeldungen und sie wurden mit brausendem Jubel aufgenommen.

In der Tat hat das endgültige Ergebnis alle Erwartungen weit übertroffen. Zwar haben einige wenige Orte (von 1661 Gemeinden 19) eine kleine polnische Mehrheit aufzuweisen. Dafür geht die Zahl der Ortschaften, die überhaupt keine polnische Stimme hatten, in die vielen Hunderte. Und in andern sogenannten gefährdeten Gebieten war das Verhältnis der abgegebenen Stimmen auffallend ungünstig für Polen. So in Allenstein selbst, wo sie noch nicht 2 Proz. erreichten, so in den masurischen Kreisen, wo das Verhältnis geradezu grotesk war und den ganzen Widersinn der Abstimmung aufs deutlichste zeigte. Das gilt in erster Linie vom Kreise Oletzko mit der Stadt Marggrabowa, wo 29 000 Deutschen ganze 2 Polen gegenüberstanden, ebenso Lötzen, wo 8 Polen 29 000 Deutschen, und Johannisburg, wo 14 Polen 38 000 Deutschen gegenüberstanden. Aber auch in den Kreisen, für die man bis zu einem gewissen Grade Befürchtungen gehegt hatte, wie Allenstein-Land, Osterode, Ortelsburg, Neidenburg, haben die Polen eine völlige Niederlage erlitten. 1080 Polen gegen 47 000 Deutsche im Kreise Osterode, das ist ein geradezu überwältigendes Ergebnis, und selbst im Allenstein-Land, wo die Polen noch nicht ein Siebentel der abgegebenen Stimmen erreichten, sind die Erwartungen weit übertroffen.

Das Gesamtergebnis: 98 Prozent deutsche und nur 2 Prozent polnische Stimmen im ostpreußischen Abstimmungsgebiet. Geradezu eine Katastrophe für die Hoffnungen der Polen und ihrer Beschützer unter den Alliierten. Denn danach kann von irgendwelchen Abänderungen der Grenze in einem für Deutschland ungünstigen Sinne unmöglich die Rede sein, wenn anders die Alliierten nicht das Selbstbestimmungsrecht verhöhnen wollen, auf das sie angeblich so großen Wert legen.

Aehnlich, wenn auch nicht ganz so günstig, liegen die Verhältnisse in Westpreußen, wo man von vornherein eine etwas größere polnische Stimmenzahl erwarten mußte. Aber auch dort darf man von einem vollen, ja glänzenden deutschen Sieg sprechen, denn 8 Prozent Polen gegen 92 Prozent Deutsche, aus dem gleichfalls der deutsche Charakter dieser Gebiete und der Wille der überwältigenden Mehrheit seiner Bewohner zum Deutschtum so klar spricht, daß daran nicht gerüttelt und nicht gedeutelt werden kann. Selbst in dem gefährdeten Kreise Stuhm haben die Polen noch nicht einmal ein Fünftel der abgegebenen Stimmen erhalten.

So hat die Ostmark denn die Probe auf ihr Deutschtum aufs glücklichste bestanden. Einig und treu haben sie alle zusammengestanden, die Männer und Frauen Ostpreußens, fest in der Abwehr gegen die neue Bedrohung von außen. Ganz Deutschland muß dafür der Ostmark danken. **Konrad Pohl.**

Die Ergebnisse

WTB. Berlin, 12. Juli. Nach dem amtlichen Ergebnis wurden in Westpreußen für Deutschland 96 889 Stimmen abgegeben, für Polen 7977, zusammen 104 866 Stimmen. Für Deutschland stimmten 92,4 Proz., für Polen 7,6 Proz.

•

Die vorläufigen Einzelergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Kreis Marienburg 17 437 deutsch, 183 polnisch. Kreis Stuhm 18 296 deutsch, 4919 polnisch. Kreis Marienwerder 22 215 deutsch, 1506 polnisch. Kreis Rosenberg 36 684 deutsch, 1074 polnisch.

Ostpreußen: Allenstein Stadt 18 742 deutsch, 342 polnisch. Allenstein Land 30 444 deutsch, 1428 polnisch. Kreis Osterode 45 108 deutsch, 1080 polnisch. Kreis Neidenburg 22 196 deutsch, 830 polnisch. Kreis Ortelsburg 48 960 deutsch, 440 polnisch. Kreis Johannisburg 38 627 deutsch, 14 polnisch. Kreis Sensburg 34 064 deutsch, 25 polnisch. Kreis Rastel 38 227 deutsch, 757 polnisch. Kreis Lötzen 29 625 deutsch, 9 polnisch. Kreis Lyck 35 574 deutsch, 87 polnisch. Kreis Oletzko 28 640 deutsch, 2 polnisch.

Polnische Einwendungen

* Paris, 13. Juli. Das Abstimmungsergebnis in Ost- und Westpreußen beunruhigt die französische Presse sehr. Die polnische Abordnung in Paris läßt erklären, daß sie dieses Abstimmungsergebnis nicht anerkennen könne, da die Polen nicht in der Lage gewesen seien, die nötigen Wahlvorbereitungen zu treffen.

Noch ist Polen nicht verloren

Der russische Vormarsch gegen Polen scheint nach den vorliegenden Nachrichten noch immer im gleichen Tempo zu erfolgen. Von einem starken polnischen Widerstand spürt man noch nichts. Mit Ausnahme etwa im Südosten, wo Wrangel die schwache Stelle der bolschewistischen Front entdeckt zu haben scheint, Unter der wachsenden militärischen Bedrohung haben die Polen ihre Aktion bei den Alliierten um Unterstützung mit dem größten Nachdruck betrieben. Die Meldungen über den Erfolg sind nicht sehr deutlich. Die Alliierten scheinen der Sowjetregierung einen Waffenstillstand mit Polen vorgeschlagen zu haben unter der Voraussetzung, daß die Polen sich hinter ihre Grenzen zurückziehen. Und Trotzki scheint dagegen die Einstellung der Offensive gegen Polen abhängig gemacht zu haben von der Anerkennung der bolschewistischen Regierung durch die Alliierten. Gleichzeitig aber soll der polnische Ministerpräsident Grabski, der sich in Spa befindet, seinen Generalen

die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen

mit Rußland anbefohlen zu haben. General Pilsudski hat Weisungen zur Einstellung der Kämpfe erhalten, und der französische General Desgoutte, der Vertreter der Alliierten, ist um Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen gebeten worden. — Die Lage an der Front stellt sich nach den neuesten Meldungen wie folgt dar:

W. Wien, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Nach einer Meldung aus Lemberg ist die Festung Luck von den Bolschewisten besetzt worden. — Die „Reichspost" meldet aus Krakau: Brody ist am Sonnabend von den Polen geräumt worden.**

K. Königsberg, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Der Funkendienst Riga meldet am Montag die Einnahme von Nowo Alexandrowsk durch die Rote Armee. Die neue polnische Linie verläuft zehn Kilometer östlich von Wilna. Auch Minsk soll von den Russen eingenommen worden sein.**

W. Warschau, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Im Norden von Wilna werden Reiterkämpfe ausgefochten. Die Bolschewisten greifen nun unmittelbar Molodeznow, an der Bahn zwischen Minsk und Wilna, an. Oestlich von Minsk stürmen die Bolschewisten bereits gegen die Schützengräben an, die die Stadt selbst verteidigen. Weiter läuft die Frontlinie an den Rändern des Dubno, der westliche Stützpunkt des wolhynischen Festungsdreiecks, an der Bahn nach Lemberg, die von bolschewistischer Kavallerie bereits heftig beraunt wird. Für die Stabilität der ganzen Front ist es bezeichnend, daß südlich des Pripjet ein polnischer Freischarenführer einen Ausfall 80 Kilometer tief in das bolschewistische Gebiet machen konnte, wo er mitten im bolschewistischen Heere den Stab der 58. Sowjet-Division überraschte, deren Führer und deren Stabschef in dem sich entspinnenden Kampf getötet wurde. Das Gesamtbild ergibt eine Fortsetzung des Doppeldrucks nach Norden in der Richtung Wilna, nach Süden in der Richtung Lemberg.**

Ueber die Erfolge des zaristischen Generals Wrangel im Südosten wird aus Kopenhagen gemeldet, daß der General auf der von den Bolschewisten offenbar entblößten Südostfront eine regelrechte Offensive eingriffen und die Bolschewisten zum Rückzuge gezwungen habe. Die ihm treuen Kuban-Kosaken sollen 10 000 Bolschewiki gefangengenommen und ihnen über 50 Geschütze abgenommen haben. Nach einer Helsingforser Meldung der „National Tidende" hatte auch General Kopeto im Rücken der Roten Armee eine Offensive eingeleitet und die Bolschewiki gezwungen, in östlicher Richtung zurückzugehen. Die Meldung, daß General Wrangels Heer das ganze Gebiet vom Asowschen Meer bis zum linken Ufer des Dnjepr von den Russen geräumt habe, wird mit Vorsicht aufzunehmen sein, denn nach andern Meldungen gebt die Armee des polnischen Generals Romeo in Podolien fluchtartig zurück. Ein klares Bild der Lage an der riesigen polnisch-russischen Front ist heute bei dem Mangel an verläßlichen Meldungen noch nicht zu gewinnen.

•

Französische Vorbereitungen zur Hilfe

Kg. Rotterdam, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Die „Times" melden aus Paris: Die französische Heeresleitung trifft umfassende militärische Vorbereitungen für ein aktives Eingreifen zugunsten Polens.**

Präsidentschaftskrise in Frankreich

× Paris, 12. Juli. (Havas.) In parlamentarischen Kreisen beschäftigt man sich mit dem Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik und den Folgen, die eine längere Dauer der Krankheit des Staatsoberhauptes haben könne. Man ist der Ansicht, daß selbst bei einer völligen Wiederherstellung Deschanels dieser eines längeren Erholungsurlaubes bedürfe, um völlig wiederhergestellt zu werden. Zahlreiche Senatoren und Abgeordnete rollen die Wahl eines Vizepräsidenten wieder auf. Diese Lösung würde die Einberufung der Nationalversammlung nach Versailles notwendig machen, wenn Deschanel sich nicht entschließen sollte, auf sein hohes Amt zu verzichten. Die Aussicht auf die letztere Möglichkeit, die sich noch nicht voraussehen läßt, aber von einigen Politikern für nicht unwahrscheinlich gehalten wird, veranlaßt die Parlamentarier unter den Persönlichkeiten Umschau zu halten, die für diese Präsidentschaft in Frage kommen könnten. Es werden sogar schon Namen genannt wie Millerand, Bourgeois, Jonnart, Ceret, Leygues und General Castelnau. Dabei muß aber bemerkt werden, daß es sich hierbei nur um private Unterredungen und Ansichten handelt. Die Parlamentarier haben indessen den Wunsch, daß Deschanel bald wiederhergestellt wird und sein Amt übernehmen kann.

Die deutschen Bergarbeiter und die Kohlenlieferungen

Die Stellung der Gewerkschaften

B. Berlin, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **In der Sonnabendsitzung der Gewerkschaften wurde einmütig gegen die von der Entente beabsichtigte Kontrolle der deutschen Kohlenförderung Stellung genommen. Für den Fall eines dahingehenden Spaer Abkommens wurde der passive Widerstand der deutschen Arbeiterschaft mit dem Generalstreik als unmittelbare Folge gefordert.**

•

Es machte auf der Konferenz von Spa sichtlich einen großen Eindruck, insbesondere auf Lloyd George, daß der frühere deutsche Bergarbeiter Hué auf die Tatsache hinwies, daß bei der Frage der Verteilung der deutschen Kohlen die Bergarbeiter des Ruhrreviers doch auch ein gewichtiges Wort mitzureden hätten. Dieser Hinweis Hués ist nicht vom Standpunkt des Sozialdemokraten gemacht worden, er kommt aber statt dessen sowohl der Stellung Lloyd Georges als auch der der englischen Arbeiterschaft außerordentlich nahe. So ungefähr würde auch ein englischer Arbeiter sprechen, wenn man mit ihm über die Verteilung der von ihm erzeugten Kohlen streiten würde, ohne auch nur einen Augenblick danach zu fragen, ob denn die produzierenden Arbeiter nach dem getroffenen Abkommen überhaupt noch Lust haben würden, weiterzuproduzieren.

Es ist wohl kein Zufall, daß Lloyd George in seiner Unterhaltung mit Hué während der Teepause ihn fragte, ob er den englischen Bergarbeiterführer Smillies kenne. Smillies gehört zu denjenigen englischen Arbeiterführern, die die Arbeiter immer wieder mit größtem Nachdruck auf die Selbsthilfe verwiesen hätten und von ihnen forderten, daß sie nicht blind der Politikern in der Regierung, ja selbst in der eigenen Parteileitung Gefolgschaft leisten, sondern, wo nötig, auch einmal gegen die Politiker ihre eigenen Wege gehen und die Interessen ihres Standes selbst in die Hand nehmen müßten. Die englischen Gewerkschaftsführer vom Schlage Smillies sind ganz gewiß keine Sozialisten im Sinne des landläufigen deutschen Sozialismus marxistischer Prägung, wie ihn die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer besonders einseitig vertreten. Sie zeigten vielmehr immer recht viel von dem französischen Geiste der Selbsthilfe und der theoriefreien Vertretung desjenigen, von dem sie glaubten, daß es im Augenblick der von ihnen vertretenen Arbeiterschaft am meisten not tue.

Es sind Anzeichen genug vorhanden, daß auch in der deutschen Bergarbeiterschaft dieser nicht ganz parteigemäße sozialistische Geist gerade in den letzten Monaten sehr erhebliche Fortschritte gemacht hat. Gerade in diesen Monaten ist das endgültige Ergebnis der Betriebsrätewahlen für die große Mehrzahl der Ruhrzechen bekanntgeworden. Das Bemerkenswerteste an dieser Wahl war erstens die außerordentlich geringe Wahlbeteiligung, denn es gaben nur zwei Drittel der wahlberechtigten Bergleute ihre Stimme für die so stürmisch geforderte Betriebsrätevertretung ab, und zweitens die Tatsache, daß von den abgegebenen Stimmen nur 42,8 Proz. auf die Listen des alten sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes fielen. Die syndikalistische, dem Marxismus und dem sozialistischen Parteigedanken feindliche Allgemeine Bergarbeiterunion erhielt allein fast 27 Proz. der insgesamt abgegebenen Stimmen. Das beweist, daß dieser junge Verband der alten sozialdemokratischen Gewerkschaft ein gefährlicher Gegner geworden ist.

Die Allgemeine Bergarbeiter-Union hat aber in ihren Zielen und ihrer Kampfesweise außerordentlich viel Aehnlichkeit mit den Meinungen, die die jüngeren Führer der englischen Arbeiterbewegung vertreten. Die Gefahr also, der Hué Ausdruck gab, ist, daß die deutschen Arbeiter auch einmal dazu gelangen könnten, den Entscheidungen der Spaer Konferenz, oder richtiger gesagt, den Kohlenlieferungsdiktaten und einem hemmungslosen, durch den Krieg übermütig gewordenen Entente-Kapitalismus passiven Widerstand entgegenzusetzen. Es heißt in der Tat, zu hohe Anforderungen an die deutschen Bergarbeiter stellen, wenn diesen durch die Entente-Staatsmänner zugemutet würde, mit gleicher oder erhöhter Kraft weiter zu produzieren, wenn sie etwa sehen müßten, daß die von ihnen geförderten Kohlen hauptsächlich der Entente und ihren industriellen Unternehmungen zugute kommen, während die deutschen Arbeitsbrüder infolge Kohlenmangels der deutschen Industrie hungern und arbeitslos auf der Straße liegen.

•

Das Gutachten der „Sachverständigen"

Aus Spa meldet das Wolff-Bureau: Der Bericht der Sachverständigen in der Kohlenfrage lautet: Die Sachverständigen der Alliierten sind der Ansicht, daß die von der deutschen Delegation vorgetragenen Ziffern nicht derartig sind, daß sie irgendeine Aenderung in den Dispositionen des am 9. Juli mitgeteilten Protokolls rechtfertigen würden.

•

Einmütigkeit der Alliierten

Genf, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Die Beschlüsse der Alliierten über die Forderungen an Deutschland in Spa sind einstimmig gefaßt worden.

•

Bei einem Empfang der belgischen Journalisten betonte Millerand als Hauptbedingung des Einvernehmens zwischen den Alliierten: Wenn die Alliierten unter sich vollkommen einig sind, wird das übrige schon vonstatten gehen. Millerand kam dann auf die verschiedenartige Haltung der Alliierten gegen Deutschland im Laufe der Sitzungen der Konferenz zu sprechen und sagte: Zunächst ist es der wohlüberlegte Willen, den Versailler Vertrag unversehrt ausführen zu lassen. Dann ist es in Anbetracht dessen, daß der Krieg beendet ist, der feste Entschluß, den Deutschen weder Ausflüchte noch Kunstgriffe zu erlauben, die den Geist des Vertrages kompromittieren würden. Die Alliierten hätten kein Interesse daran, Deutschland zu schwächen, und seien bereit, ihr möglichstes zu tun, um es in wirtschaftlicher Hinsicht zu unterstützen. Die Konferenz werde heute abend zu Ende gehen.

Die wirtschaftlichen Fragen in Spa

Unerfüllbare Forderungen — Noch keine Entscheidung

Von unserm Sonderberichterstatter

Spa, 12. Juli, vormittags.

Als die deutschen Delegierten heute kurz vor 11 Uhr vor dem Schloß de la Freimeuse vorfuhren, wurde ihnen mitgeteilt, daß die Konferenz verschoben sei. Man bedauere außerordentlich, daß sie sich haben herbemühen müssen. Die Beratungen der Alliierten seien jedoch noch nicht abgeschlossen, und man habe sofort den Versuch gemacht, die deutsche Delegation rechtzeitig telephonisch zu benachrichtigen. Leider sei jedoch der Anruf zu spät gekommen, da mitgeteilt wurde, die deutschen Delegierten seien bereits abgefahren. Generalsekretär Rolland fügte hinzu, er sei ausdrücklich ermächtigt, zu erklären, daß die Beratungen des Obersten Rates fruchtbar (fructueuse) sein würden. Der Reichskanzler erwiderte, daß, wenn ein solches Ergebnis der Beratungen in Aussicht stehe, er gern mit der Vertagung einverstanden sei.

Im Verlauf der Konferenzberatungen und vor allem in den Kommissionen kam es wiederholt zur persönlichen Berührung der beiderseitigen militärischen Sachverständigen. Sie begrüßten sich und tauschten Händedrücke aus, so Marschall Foch mit General von Seeckt. Dasselbe taten auch die Mitglieder der Luftkommission. Nur die französischen und deutschen Seeoffiziere, die sich in der Konferenz oder in der Kommission sahen, reichten einander niemals die Hand. Sie begrüßten sich höflich, aber in angemessener Entfernung voneinander.

Die Hitze ist unerträglich, und alles wartet auf das Ende der Konferenz, müde, abgespannt, überarbeitet. Das Tempo, in dem hier Weltgeschichte gemacht wird, können auch die stärksten Nerven auf die Dauer nicht aushalten. Dazu kommt noch, daß immer neue Krisen zu Spannungen führen, daß man mehr als einmal vor dem Abbruch zu stehen schien. Obschon sicher ist, daß eine Wendung zum Guten eingetreten ist, so waren doch die Gegensätze in den Standpunkten der beiderseitigen Sachverständigen gestern so groß, daß sie unüberbrückbar schienen, wenn auch gewisse Einwände der Deutschen Aufnahme und Berücksichtigung fanden, so besonders der

Wegfall der Forderung eines genauen Kohlenwirtschaftsplanes

Einen Höhepunkt der Konferenz bildete die mit größter Spannung erwartete, gestern abend erfolgte Ueberreichung des deutschen Planes in der Wiedergutmachungsfrage, den man studieren muß, um ihn ganz in sich aufzunehmen. Ein großartiges Programm des Wiederaufbaues zur Beseitigung der „offenen Wunden am Körper Europas", wie Minister Dr. Simons es treffend bezeichnete. (Wir haben diesen Plan bereits gestern im Auszug veröffentlicht. D. Red.) Als die Tatsache der Ueberreichung gestern abend bekanntwurde, begann sofort hier der Sturm der ausländischen Pressevertreter, der in den letzten Tagen schon recht dünn geworden war, auf Annexe et Lubin. Alles wollte die deutsche Denkschrift haben. Man wühlte sie durch, und merkwürdigerweise: alles suchte nach dem Phantom der Chiffre globale, der Gesamtsumme.

„Es steht nichts drin", sagte Millerand, als er sie flüchtig durchgesehen hatte. Die öffentliche Meinung wird entscheiden, ob dies Urteil richtig war, und sie wird anders entscheiden.

Schon steht der Sonderzug Millerands auf dem Bahnhof, und die Blätter melden, daß er heute abend abfährt. Lloyd George hat seine gestrige Krankheit schnell überwunden und berät heute wieder mit den andern Alliierten.

•

6 Uhr abends

Die Autos mit den deutschen Delegierten sind wieder da. „Die Serpentine geht weiter", höhnt ein Sachverständiger, der in das erste Auto steigt. Die Beratungen in der Kohlenfrage haben heute den ganzen Nachmittag angedauert, und wenn es auch nicht zu einem Uebereinkommen gekommen ist, so ist die Lage doch nicht ohne Hoffnung. Eine Brücke kann gefunden werden und sie muß gefunden werden.

Heute nachmittag um ½4 Uhr hatte

eine Sonderbesprechung der Chefs

der hier vertretenen Regierungen stattgefunden, an der von deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister Dr. Simons sowie Ministerialdirektor Simson und Legationsrat Reinhardt teilnahmen. Von den Alliierten waren Delacroix, Millerand, der französische Finanzminister Marsal, Lloyd George, Evans, Graf Sforza und Botschafter Chinda anwesend. Es wurde sofort die Kohlenfrage beraten und mitgeteilt, daß an den Grundlagen der Kohlenlieferung festgehalten werden solle, daß nämlich die Reparationskommission von Zeit zu Zeit die Ziffer der deutschen Ablieferung an die Entente festzusetzen habe. Die Ziffer beträgt zur Zeit 2,5 Millionen Tonnen monatlich. Die Entente habe unter Berücksichtigung der inneren Schwierigkeiten Deutschlands beschlossen, diese Summe versuchsweise für die nächsten sechs Monate auf zwei Millionen Tonnen heraufzusetzen. Im Namen der deutschen Delegation erklärte Dr. Simons, eine Antwort nicht erteilen zu können. Er müsse sich vorher mit den Sachverständigen besprechen.

Die Minister zogen sich darauf zurück und berieten mit den deutschen Sachverständigen. Diese erklärten übereinstimmend, daß die vorgeschlagene Zweimillionenziffer

eine Unmöglichkeit

darstelle. Wir könnten sie wohl versprechen, würden jedoch nicht in der Lage sein, sie tatsächlich zu liefern, um so weniger, als zur Zeit die Lebensmittellieferung im Ruhrgebiet außerordentlich schlecht sei. Die Arbeiter würden nur unter den größten Schwierigkeiten bei der Siebenstundenschicht gehalten. Es werde vielleicht, wenn Lebensmittel sofort in ausreichender Menge beschafft würden, eine Erhöhung des deutschen Angebots auf 1,4 Millionen Tonnen monatlich möglich sein. Wir würden außerdem sofort energisch an das Siedlungswerk gehen und Neueinstellungen von Bergarbeitern vornehmen. Es bestände dadurch begründete Hoffnung, innerhalb Jahresfrist eine weitere Steigerung um monatlich 300- bis 400 000 Tonnen zu erzielen, so daß nach einem Jahre unsre Ablieferung auf

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200714/1